Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 22.01.2009

AN/0164/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.02.2009

Prof. Dr. Rolf Bietmann und die Sparkasse KölnBonn

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die jüngsten Medienberichte über Zahlungen der Sparkasse KölnBonn an das frühere Ratsmitglied Prof. Dr. Rolf Bietmann in Höhe von 900.000 Euro mit Befremden zur Kenntnis. Der Rat stellt fest, daß die in Rede stehenden Geschäfte ohne Wissen und ohne Billigung des Rates der Stadt Köln getätigt wurden. Er distanziert sich ausdrücklich von diesen Geschäften.

Begründung:

Die Sparkasse KölnBonn läßt derzeit eine Reihe von Vorgängen, die mit dem umstrittenen Bau der Neuen Messehallen in Deutz im Zusammenhang stehen, von den Wirtschaftsprüfern der Agentur Pricewaterhouse Coopers (PwC) überprüfen. Dabei wurden Zahlungen der Sparkasse KölnBonn an Herrn Prof. Dr. Bietmann für eine Beratertätigkeit festgestellt. Die Wirtschaftsprüfer teilten im Rahmen eines Vorabberichtes mit, sie hätten im Zusammenhang mit diesen Zahlungen an Bietmann „keine Belege für Beratungsleistungen“ gefunden. Bietmann äußert prompt, es gäbe selbstverständlich Unterlagen über die von ihm erbrachten und mit 900.000 Euro vergüteten Leistungen. Die scheinen nur gerade nicht zur Hand gewesen zu sein, als sich die Wirtschaftsprüfer die Unterlagen der Sparkasse angesehen haben.

Gerade jetzt braucht die Sparkasse jeden Cent. Sie benötigt in immer kürzen Abständen Millionenbeträge, um nachteilige Folgen der internationalen Finanzkrise auszugleichen. Erst waren es 350 Millionen Euro, dann weitere 300. Wenige Wochen später meldet das Geldinstitut weiteren Kapitalbedarf an. Mittlerweile wird sogar laut darüber nachgedacht, den sparkasseneigenen Golfplatz in Pulheim zu verkaufen. Das kann man beim besten Willen nicht als ein gutes Zeichen interpretieren.

Die Städte Köln und Bonn sind derzeit bei der Sparkasse mit einem Darlehen über 300 Millionen Euro investiert. Bei der Zwecksverbandsversammlung der Sparkasse, die den Vorgang beschlossen hat, stimmten alle Mandatsträger von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei der kommunalen Neuverschuldung zu. Nur der pro-Köln-Vertreter stimmte dagegen.

Viel Geld auf der einen, bedürftige Politiker auf der anderen Seite – das ergibt eine für Steuer- und Gebührenzahler ebenso wie für Sparkassenkunden gefährliche Mischung. Die Kölner Bürger verstehen nicht, warum sich als skandalös empfundene Vorgänge in unterschiedlichen Varianten mit denselben Personen ständig wiederholen. Das macht eine deutliche Stellungnahme des Rates im Sinne des vorliegenden Antrags erforderlich.

gez. Rouhs